



Antrag

zu den Haushaltsplanberatungen des Jugendhilfeausschusses am 12.02.2009:

Ergebnishaushalt 2009:

Projektnummer: „060101 - Förderung von Kindern im Alter von 0 bis 6 Jahren“

Rubriknummer: „04 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte“

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

„Die Verwaltung wird beauftragt, zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 11.03.2009 – als Entscheidungsgrundlage für einen Beschluss über den Einstieg in ein kostenloses Kindergartenjahr – auf der Grundlage der vorliegenden Änderungsanträge:

1. die jahresbezogenen Kosten für die Nutzung der Kindergartenplätze sowie eine Aufschlüsselung über die Anteile der einzelnen Kostenträger (Land, Eltern, Träger, Stadt) an diesen Kosten zu ermitteln;
2. zu ermitteln, welche Kosten die Stadt im Haushaltsjahr zusätzlich zu tragen hätte, wenn ab dem
 - a) das erste Kindergartenjahr kostenfrei bliebe,
 - b) alternativ das letzte Kindergartenjahr kostenfrei bliebe,
 - c) alternativ die Kindergartenbeiträge über den Betreuungszeitraum von in der Regel drei Jahren um ein Drittel gekürzt würden.
3. Vorschläge für die Finanzierung dieser Maßnahme(n) vorzulegen.“

Begründung

Der kostenfreie Kindergartenplatz ist in der Diskussion um die frühkindliche Bildung und auch zur Entlastung der Familien verstärkt in der öffentlichen Diskussion.

Es gibt gute Argumente, den Kindergarten frei zu machen von einer Mitfinanzierung der Eltern und damit den Schulen gleichzustellen. Unzweifelhaft ist vorschulische Bildung für den späteren Lernerfolg und die erfolgreiche Eingliederung in die Berufswelt prägend. Nicht ausgeklammert werden darf aber der Umstand, dass bereits heute Eltern mit niedrigem Einkommen oder Sozialhilfeempfänger von den Beiträgen für Kindergärten befreit sind.

Auch bei populären Vorschlägen muss jedoch die Frage beantwortet werden, wie diese bezahlt werden können. Die Antragsteller schweigen sich darüber aus, wo dauerhaft zusätzliches Geld für den kostenlosen Kindergartenbesuch herkommen soll.

Sollte diese Regelung auf alle Eltern ausgeweitet werden, müsste dieser Systemwechsel langfristig vorbereitet und einer sorgfältigen Abwägung aller Gesichtspunkte unterzogen werden.

Hilden, den 29.01.2009

Udo Weinrich, Fraktionsvorsitzender
„Bürgeraktion Hilden“